

In Wiesbaden diskutieren Bundestagskandidaten im Ärzte Club

WIESBADEN - (evb). „Politik trifft Medizin“ war das Thema einer Podiumsdiskussion, zu der der Ärzte Club sechs Kandidaten für die Bundestagswahl in das Museum eingeladen hatte. Mit einer offenen Frage ließ Moderator Volker Hirth den Kandidaten von Linke, AfD, Grüne, CDU, FDP und SPD zunächst viel Freiraum. So entspannte sich eine Diskussion, die über Fleischkonsum, Schuldenbremse und Elektroautos zur Digitalisierung der Arbeitswelt führte. Die Fragen der Gäste führten aber zum Motto des Abends zurück.

„Wir sind uns einig, dass mehr Geld ins Gesundheitssystem gehört, aber wo soll es herkommen“, fragte ein niedergelassener Arzt. Die Antwort von Adrian Gabriel (Linke): Umweltfeindliche Subventionen streichen, Maßnahmen gegen Steuerbetrug einleiten und Milliardäre stärker besteuern. Steuerlücken zu schließen, dafür sprachen sich auch Felix Möller (Grüne) und Michael Goebel (AfD) aus. Alexander Müller (FDP), der im Rheingau-Taunus antritt und seinen Parteikollegen Lucas Schwalbach vertrat, sieht die Lösung in einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge. Ob die Privaten Versicherungen erhalten bleiben sollen, fragte der Arzt. „Ich habe zumindest keine bessere Idee“, sagte Ingmar Jung (CDU). „Sie trägt einen massiven Teil zur Finanzierung des Gesundheitssystems bei.“ Müller ergänzte, dass ein fairer Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Kassen entstehen müsse. Felix Möller plädierte für eine Bürgerversicherung, bei der private Zusatzversicherungen erhalten bleiben. Nach einem Gespräch mit Betriebsräten habe er zur Bürgerversicherung noch keine abschließende Meinung, sagte hingegen Simon Rottloff (SPD) und äußerte die Sorge, dass Arbeitsplätze bei den privaten Versicherern wegfallen.

Eine Frau aus dem Publikum befragte die Kandidaten zur Altersvorsorge: „Haben Sie innovative Ideen?“ Man müsse die starren Altersgrenzen aufheben, antwortete Alexander Müller und erhielt Zustimmung von der AfD. „Zudem muss man die private Vorsorge und die staatliche Rente stärken“, so Goebel. Gabriel plädierte für eine Mindestrente, Möller für eine „Garantierente“, die über der Grundsicherung liegen müsse. Angehörige zuhause zu pflegen, koste die Pflegenden „richtig Geld“, so Jung. „Wir müssen sie dabei unterstützen.“ Ein „Wertekonto“ solle dabei helfen, dass Pflege nicht „rentenschädlich“ sei, so Rottloff und sprach sich zudem für eine „Solidarrente“ aus.